

Tagesordnung

- 1** **Mitteilungen**
a) des Stadtverordnetenvorstehers
b) des Magistrats

Teil A – ohne Beratung

- 2** **Haushaltsplan 2021 mit Investitionsprogramm**
a) Bericht des Haupt- und Finanzausschusses
b) Beschlussfassung

Teil B – mit Beratung

- 3** **Kindergartengebühren während der Nutzungsbeschränkungen durch Corona – Ergänzung der Kindergartensatzung**
a) Bericht des Magistrats
b) Beratung und Beschlussfassung

- 4** **Bebauungsplan „In den Wingerten“ im Stt. Trais – Stellungnahme der eingegangenen Anregungen und Bedenken - Satzungsbeschluss**
a) Bericht des Magistrats
b) Beratung und Beschlussfassung

- 5** **Beschluss zur Aufstellung eines Bebauungsplanes „Altstädter Feld“ in der Gemarkung Gambach**
a) Bericht des Magistrats
b) Beratung und Beschlussfassung

- 6** **Beschluss zur Aufstellung eines Bebauungsplanes „Butzbacher Straße“ in der Gemarkung Gambach**
a) Bericht des Magistrats
b) Beratung und Beschlussfassung

- 7** **Straßenbau im Bereich der Schulstraße von Mittelstraße bis zur Fahrgasse im Stt. Gambach**
a) Bericht des Magistrats
b) Beratung und Beschlussfassung

- 8** **Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zum Interkommunalen Vergabezentrum Wetterau**
a) Bericht des Magistrats
b) Beratung und Beschlussfassung

Anwesenheit:

I. Magistrat:

Bürgermeisterin Dr. Isabell Tammer	
Erster Stadtrat Alexander Heise	„e“
Stadtrat Karl Heinz Alles	„e“
Stadtrat Carsten Bolz	„e“
Stadtrat Klaus Ohly	„e“
Stadträtin Cornelia Scheurich	„e“
Stadtrat Hagen Vetter	„e“
Stadtrat Norbert Schwab	„e“

II. Stadtverordnete:

01 Bender, Wilfried		10 Haas, Rudolf	„e“	20 Berg, Ronald	
02 Eiser, Dirk		11 Herrmann, Markus		21 Hoppe, Richard	„e“
03 Heise, Thomas	„e“	12 Hüttl, Peter	„e“	22 Schaback, Armin	„e“
04 Kaiser, Stefan		13 Laspoulas, Haris		23 Thiele, Sascha	
05 Klein, Wolfgang	„e“	14 Metzger, Horst	„e“		
06 Müller, Gerold		15 Müller, Matthias	„e“		
07 Reuhl, Kurt	„e“	16 Müller, Thomas			
08 Schepp, Thorsten		17 Prockl, Harry			
09 Wendel, Ina	„e“	18 Tschertner, Manfred			
		19 Vetter, Sabine	„e“		

Abwesend (entschuldigt „e“, unentschuldigt „u“)

Weiterhin anwesend: OB Mitglied Heinz Reuhl, Stadtverordneter Kurt Reuhl

Beginn der Sitzung: 20.00 Uhr

Ende der Sitzung: 21.20 Uhr

Schriftführerin: Stefanie Peter

Stadtverordnetenvorsteher Manfred Tschertner eröffnet die 39. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und begrüßt alle Anwesenden. Die Stadtverordnetenversammlung war durch Einladung ihrer Mitglieder unter Mitteilung der Tagesordnung rechtzeitig und ordnungsgemäß einberufen. Ort und Stunde sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gegeben.

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass gegen die Ordnungsmäßigkeit der Einberufung keine Einwände erhoben wurden. Die Beschlussfähigkeit wurde festgestellt. Aufgrund der Corona-Pandemie gelten die nicht erschienenen Stadtverordneten als entschuldigt.

CDU Fraktionsvorsitzender Gerold Müller beantragt TOP 7 von der Tagesordnung zu nehmen, da die Angelegenheit bzgl. der Verkehrsberuhigung im Bereich der Bushaltestelle noch im Ausschuss beraten werden muss. Bis heute liegen keine neuen Erkenntnisse vor. Bürgermeisterin Dr. Tammer informiert, dass ein Fachmann des ADAC hinzugezogen wurde und dieser sich auch schon vor Ort ein Bild gemacht hat, jedoch noch zu keinem Ergebnis gekommen ist, da sich die Verkehrsberuhigung äußerst kompliziert darstellt. Unabhängig von der Lösung dieses Problems könne aber mit der Ausschreibung begonnen werden und sie bittet daher um Beibehaltung des TOPs auf der Tagesordnung. Nach eingehender Aussprache wird dem Antrag der CDU-Fraktion zur weiteren Beratung im Bauausschuss mit **8 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt** und somit von der Tagesordnung genommen.

FWG Fraktionsvorsitzender Ronald Berg beantragt, den Tagesordnungspunkt 2 in den Teil B mit Beratung zu verschieben.

Zu TOP 1a):

Stadtverordnetenvorsteher informiert über folgendes:

- Glückwünsche an Stadtverordneten Haris Laspoulas zum 70. Geburtstag am 01. Januar 2021
- 2 Terminänderungen im Jahresplan 2021. Die konstituierende Sitzung wurde auf Mo., 19.04.2021 verlegt. Der Abgabetermin für die Stadtverordnetensitzung am 08.09.2021 muss Do., 26.08.2021 lauten.
- nächste Stadtverordnetensitzung ist am 10.02.2021

Stadtverordnetenvorsteher Tschertner bittet den Ältestenrat zu einer Besprechung im Anschluss an die Stadtverordnetensitzung

Zu TOP 1b):

Die Mitteilungen des Magistrats liegen der Niederschrift als Anlage 1 bei.

TOP 2 a):

Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses Harry Prockl berichtet über die Beratungen in der Haupt- und Finanzausschuss-Sitzung am 28.01.2021 zum Haushaltsplan 2021 mit Anlagen, Investitionsprogramm und Haushaltssatzung.

In der Beratung kritisiert FWG Fraktionsvorsitzender Ronald Berg, die von der SPD in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses im Stellenplan beantragte Nicht-Ausweisung einer Stelle nach A14 bzw. EG14. Bürgermeisterin Dr. Tammer plädiert mit Verweis auf die Bedeutung der Stelle und für die Beibehaltung des vorgeschlagenen Stellenplans.

CDU und SPD sprechen sich hingegen für die vorgeschlagene Nicht-Ausweisung aus. Sie wollen die Machbarkeitsstudie zur Interkommunalen Zusammenarbeit mit Rockenberg und die sich ggf. daraus ergebenden Entwicklungen abwarten. Sie sind nicht grundsätzlich gegen die Beibehaltung der Stelle nach A14/EG14 im Stellenplan.

Die FWG Fraktion moniert, die von SPD und CDU geforderte Streichung der Planungskosten für das potentielle Ärztehaus in der Gambacher Bachstraße 6.

Gerold Müller sprach sich für die CDU Fraktion nochmals für die Streichung der Mittel aus, da derzeit zu viele Unklarheiten vorhanden seien. Vorrangig seien hier Gespräche mit Ärzten bzw. der Kassenärztlichen Vereinigung. Dr. Tammer informierte, dass nach derzeitigem Stand die Arztpraxis Dr. Krause bis 2027 für die Bevölkerung zur Verfügung steht. Man wolle aber signalisieren, dass die Sicherstellung der medizinischen Versorgung vor Ort im Fokus der Verwaltung steht und diese auch mit rechtzeitigen Investitionen langfristig gesichert werden soll. Fraktionsvorsitzender Berg von der FWG fordert einen Anreiz für anzusiedelnde Ärzte oder Gemeinschaftspraxen zu schaffen.

Auf Wunsch der FWG Fraktion folgt eine Einzelabstimmung der drei Komplexe des Haushalts 2021 mit Investitionsprogramm.

Zu TOP 2 b):

Der Ergebnishaushalt wird **einstimmig** angenommen.

Das Investitionsprogramm wird bei **10 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen** angenommen.

Der Stellenplan wird bei **9 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen** angenommen.

Die Haushaltssatzung wird **einstimmig** angenommen.

TOP 3a):

Bürgermeisterin Dr. Isabell Tammer erläutert, dass bereits im ersten Lockdown die Elternbeiträge nicht erhoben worden sind, wenn die Einrichtungen nicht in Anspruch genommen wurden.

Zurzeit bestehen weder ein Betretungsverbot noch Vorschriften über eine Notbetreuung. §2 Abs.1a der Corona-Einrichtungsschutzverordnung enthält lediglich einen Appell an die Sorgeberechtigten, freiwillig auf die Inanspruchnahme von Betreuungsangeboten zu verzichten. Aktuell wird allorts diskutiert, inwieweit noch Kostenbeiträge für den Kita-Besuch erhoben werden, wenn die Eltern im Sinne des Infektionsschutzes den Kita-Platz ihres Kindes nicht nutzen.

Der Hess. Städte- und Gemeindebund empfiehlt nun, im Wege einer Satzungsergänzung den Verzicht auf eine Beitragserhebung rechtlich zu regeln. Hierbei handelt es sich um eine zulässige kommunalpolitische Entscheidung.

Somit wird § 12 der Kindergartensatzung durch die Absätze 5 und 6 ergänzt:

(5) Nimmt ein Kind ein Betreuungsangebot in der Tageseinrichtung in einer ganzen Woche/einem ganzen Monat nicht in Anspruch, für den aufgrund von Vorschriften zur Bekämpfung des Corona-Virus ein Betretungsverbot bestand oder für den eine Beschränkung der Betreuung auf Fälle dringender Betreuungsnotwendigkeit geregelt ist, werden Kostenbeiträge nach dieser Satzung für diesen Zeitraum nicht erhoben; bereits im Voraus gezahlte Kostenbeiträge werden erstattet/verrechnet.

(6) Absatz 5 gilt entsprechend, wenn ein Betreuungsangebot aufgrund von Hygienebestimmungen nur für eine verringerte tägliche Betreuungszeit in Anspruch genommen werden darf und Vorschriften zur Bekämpfung des Corona-Virus nach Abs. 1 gelten. Unter diesen Voraussetzungen reduziert sich der Kostenbeitrag auf das tatsächlich in Anspruch genommene Betreuungsmodul. Der Magistrat wird beauftragt, die Kindergartensatzung insgesamt neu bekanntzumachen.

TOP 3 b):

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Münzenberg folgt dem Beschlussvorschlag des Magistrats **einstimmig**. Die Satzung tritt nach erfolgter amtlicher Bekanntmachung in Kraft.

TOP 4a):

Bürgermeisterin Dr. Tammer informiert über die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB am 15. Oktober 2020. Die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB erfolgte am 14.10.2020 als amtliche Bekanntmachung. Gleichzeitig wurden die Planunterlagen auf der Homepage der Stadt bereitgestellt.

Es wurden keine Stellungnahmen mit Anregungen und Hinweisen von Bürgern bzw. Privatpersonen abgegeben. Von Seiten des Ortsbeirates Trais wurde angeregt, dass im Baugebiet „In den Wingerten“ mindestens eine fußläufige Verbindung zur Römerstraße eingeplant werden soll. Hierzu wird festgestellt:

Eine Straßenverbindung zur Römerstraße wird von Hessen Mobil abgelehnt und ist somit nicht möglich. Eine fußläufige Verbindung wird vom Magistrat einstimmig abgelehnt, da hierin kein besonderer Vorteil erkennbar ist. Alle Grundstücke entlang der südlichen und östlichen Baugebietsgrenze haben die Möglichkeit, über angrenzende Feldwege zur Römerstraße zu gelangen. Für die anderen 8 Grundstücke ist ein Umweg über die Limesstraße oder den Feldweg Nr. 83 zumutbar.

SPD Fraktionsvorsitzender Markus Herrmann regt an, die Zuwegung evtl. vom Wendehammer aus vorzusehen und bittet die Parlamentarier zu bedenken, dass der heutige Satzungsbeschluss dann endgültig wäre. Der Vorgang sollte in den Ausschuss für Bauen, Ökologie und Planung überwiesen werden unter Beteiligung des Ortsbeirates Trais und den entsprechenden Fachleuten. Auch die CDU Fraktion plädiert für die Überweisung in den Ausschuss für Bauen, Ökologie und Planung bevor langlebige Entscheidungen getroffen werden.

Stadtverordneter Eiser von der CDU Fraktion kritisiert die seiner Meinung nach unzureichende und dilettantische Kommunikation rund um den Bebauungsplan. Die als Anlage zu TOP 4 für die heutige Sitzung eingereichten Pläne habe er nicht einmal im Ausschuss gesehen.

Bürgermeisterin Dr. Tammer wies die Vorwürfe energisch zurück. Die Pläne stünden auf der Homepage der Stadt und wurden am 14.10.20 in den amtlichen Bekanntmachungen veröffentlicht und sie habe darauf auch ausdrücklich in der darauffolgenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung hingewiesen. Da könne man durchaus von Gremienmitgliedern erwarten, dass sie sich selbstständig sachkundig machen.

Sie weist eindringlich darauf hin, dass das Verfahren sich bis zu einem weiteren Jahr verzögern könnte.

FWG Fraktionsvorsitzender Ronald Berg sieht den Vorschlag des Ortsbeirates Trais der fußläufigen Verbindung als eine Kompromisslösung und dies sollte so eingeplant werden.

Ansonsten würde die Überweisung in den Ausschuss eine deutliche Verzögerung der Umsetzung bedeuten.

Es sei unverhältnismäßig den Bauwilligen gegenüber, evtl. noch 1 Jahr mit dem Erwerb des Bauplatzes warten zu müssen.

CDU Stadtverordneter Thorsten Schepp bittet um Aufnahme der Bauverpflichtung von Zisternen im Bebauungsplan.

TOP 4 b):

Nach eingehender Aussprache und auch im Hinblick auf den Legislatur-Wechsel wird die Angelegenheit mit **10 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen** in den Ausschuss für Bauen, Ökologie und Planung unter Beteiligung des Ortsbeirates Trais überwiesen.

TOP 5 a):

Bürgermeisterin Dr. Tammer informiert über den Antrag zur Aufstellung eines Bebauungsplanes und der Änderung des Flächennutzungsplanes der Wetterauer Früchtchen im Stt. Gambach. Die Kosten der Planung übernimmt der Antragsteller. Der entsprechende städtebauliche Vertrag ist entsprechend abzuschließen. Der Magistrat empfiehlt, dass die Angelegenheit in den Bauausschuss zur Präsentation und Beschlussfassung des Bebauungsplanentwurfes überwiesen wird. Hier ist im Besonderen das Verkehrskonzept zu beraten.

TOP 5 b):

Nach kurzer Aussprache schließt sich die Stadtverordnetenversammlung **einstimmig** den Beschussempfehlungen des Magistrates an und verweist die Angelegenheit in den Ausschuss für Bauen, Ökologie und Planung.

TOP 6 a):

Bürgermeisterin Dr. Tammer informiert, dass Familie Sickel auf dem Grundstück Butzbacher Str. 10 in Gambach ein Wohnhaus errichten möchte.

Nach Auskunft der zuständigen Bauaufsichtsbehörde des Wetteraukreises bedarf es zur planungsrechtlichen Genehmigung der Aufstellung eines Bebauungsplanes, in welchem Wohnbebauung zulässig sind. Derzeit wird der Bereich als Gewerbegebiet eingestuft, sodass Wohngebäude mit Ausnahme von Betriebsleiter-Wohnungen nicht zugelassen werden können. Das vorgesehene Baugrundstück befindet sich an der Nahtstelle eines Mischgebietes zu einem Gewerbegebiet und ist derzeit nach § 34 BauGB zu beurteilen. Der Bereich der Butzbacher Straße bis zum geplanten Baugrundstück ist geeignet, über eine Bauleitplanung als Mischgebiet ausgewiesen zu werden.

SPD Fraktionsvorsitzender Markus Herrmann befürwortet die Aufstellung des Bebauungsplanes in der Butzbacher Straße und sieht hier im Rahmen der Innenverdichtung Entwicklungsmöglichkeiten zur Baulandbeschaffung.

Gerold Müller von der CDU Fraktion steht dem Antrag skeptisch entgegen, da hier ein Überschwemmungsgebiet ausgewiesen ist.

Bürgermeisterin Dr. Tammer erklärte, dies sei korrekt, jedoch durch entsprechende Baumaßnahmen zu regeln.

Die CDU Fraktion beantragt eine 5minütige Sitzungsunterbrechung (21.10 Uhr).

Nach der Sitzungsunterbrechung kann die CDU-Fraktion dem Antrag folgen.

TOP 6b):

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt sodann **einstimmig** die Aufstellung des Bebauungsplanes gem. § 2 und 13 a BauGB. Der Magistrat führt das Aufstellungsverfahren durch.

TOP 7: abgesetzt

TOP 8 a):

Bürgermeisterin Dr. Tammer informiert, dass das Vergaberecht ein hoch komplexes Rechtsgebiet darstellt, welches starken Veränderungen durch Gesetzesänderungen und Rechtsprechung auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene unterliegt. Insbesondere kleinere Kommunen können durch eigenes Personal nur selten rechtssichere Vergabeverfahren gewährleisten.

Aus diesen Gründen wurde im Wetteraukreis ein Interkommunales Vergabezentrum mit Sitz in Büdingen gegründet. Der Betrieb wurde Anfang 2019 aufgenommen. In der bestehenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung sind nun Änderungen erforderlich. Unter anderem handelt es sich um die Aufstockung des Personals.

Die SPD-Fraktion steht der interkommunalen Zusammenarbeit offen gegenüber und hält das IK Vergabezentrum für eine gute Lösung.

Für die FWG Fraktion fragt Ronald Berg nach dem tatsächlich realisierten Einsparpotential. Diese Frage kann Bürgermeisterin Dr. Tammer nicht aus dem Stehgreif beantworten. Sie betonte aber, dass das Vergabewesen ein sehr komplexes Verfahren ist und im Vergabezentrum Wetterau ausgebildete Fachleute sitzen. Sehr gute Erfahrungen konnten bereits beim Projekt „Ärztehaus Münzenberg“ gemacht werden, bei dem die Stadt erheblich entlastet wurde.

TOP 8b):

Nach eingehender Aussprache wird der vorgelegten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung **einstimmig** zugestimmt.

Münzenberg, 05.02.2021

Stefanie Peter
Schriftführerin

Manfred Tschertner
Vorsitzendes Mitglied der Stadtverordnetenversammlung

Mitteilungen des Magistrats zur StaVo:

HH-Vollzugsbericht (halbjährlich)

liegt vor und bildet die Corona bedingten Veränderungen ab.

IKEK

neuer Zeitplan wurde verteilt. Wichtig sind zunächst zwei Termine zur Vorstellung des Entwurfs in den Gremien am 18. Februar – hierzu bitte ich im Anschluss an die StaVo in Absprache mit dem Stadtverordnetenvorsteher, den Ältestenrat zusammen zu kommen. Die Öffentlichkeit ist dann am 27 Februar eingeladen und da es im Moment nicht anders geht, wird das alles Online stattfinden, die näheren Modalitäten sind wir gerade am Klären.

Mobilitätsstrategie FrankfurtRheinMain

(Vorlage RegVerbandFRM) Ein Glockenschlag zur Einleitung einer Verkehrswende hin zu einer modernen, attraktiven und vor allem klimafreundlichen Mobilität.

Flüchtlinge

Stand noch unverändert, Abwicklung durch Lockdown verschoben.

Sachstand Breitband

Die Bürgermeister von Rockenberg, Wölfersheim und Münzenberg haben gemeinsam diverse Gespräche mit Netzanbietern geführt und es stehen noch weitere Gespräche aus. In der kommenden Legislaturperiode sollen die Ergebnisse dann vorgestellt und in den Gremien diskutiert werden.

Abfuhr der „Gelben Tonnen“

Aufgrund der Auslieferungsschwierigkeiten von zusätzlich bestellten Tonnen beim Abfuhrunternehmen, werden auch beim kommenden Abfuhrtermin am 04./05.02. noch zusätzlich die gelben Säcke mitgenommen.

Kommunalwahlen am 14. März 2021

Seit dem 1. Februar besteht die Möglichkeit, per Email die Wahlunterlagen zur Briefwahl zu beantragen. Von diesem Angebot wird schon rege Gebrauch gemacht. Die Wahlbenachrichtigungsscheine sollen bis zum 15.02. durch die EKOM zugestellt sein.

Jugend entscheidet – Programm der Hertie Stiftung

Es wurde mitgeteilt, dass der Antrag der Stadt leider nicht angenommen wurde, da sehr viele Bewerbungen vorlagen.

Bewilligungsbescheid des RP Darmstadt

über 20.364,80 Euro zur Förderung der naturnahen Waldbewirtschaftung 2021 ist eingegangen.

Neugründung des Vereins „Nebenan – Das Kulturcafe“

Am 16.1.2021 fand die o.g. Vereinsgründung online statt, ein Novum für alle Beteiligten. Die BZ hat hierüber berichtet.

Verkauf des Wimmelbuches

BGM'in Tammer gibt die aktuellen Verkaufszahlen des Wimmelbuchs (allein über die Stadtverwaltung 150 Stk.) bekannt. Insgesamt wurden 650 Stück verkauft.

Internet-Arbeit KiTas

BGM'in informiert, dass die KiTa Kinderbrücke online über <https://padlet.com/christinedietz2/Kinderbruecke> mit den Kindern kommuniziert und über diese Plattform Bilder Videos, Grußbotschaften usw. ausgetauscht werden.

Vereinbarung mit der Schlösserverwaltung „Burgtrauungen“

Mit der Schlösserverwaltung wurde eine neue Vereinbarung abgeschlossen. Die für die kommenden Jahre dynamische Preis-Gestaltung sieht folgendermaßen aus: 2021/2022 – 60 €/pro Trauung, 2023/2024 – 70 €/pro Trauung, 2025 - 80 €/pro Trauung Für das Jahr 2021 teilt das Standesamt mit, dass nur noch 1 Burgtrauungstermin frei ist.

Neue Telefonnummer für die Nachbarschaftshilfe

Die Nachbarschaftshilfe der Stadt Münzenberg ist ab sofort zu den gewohnten Zeiten montags und mittwochs von 14 bis 15 Uhr unter der Rufnummer 0160-97592310 erreichbar.

Fahrdienst zu den Impfzentren

Ab sofort können sich Impfberechtigte, die keinerlei private Fahrtmöglichkeit ins zuständige regionale Corona-Impfzentrum nach Heuchelheim haben, beim ehrenamtlichen Fahrservice melden. Der DRK Ortsverein Münzenberg, die Freiwillige Feuerwehr und die Nachbarschaftshilfe der Stadt Münzenberg haben einen entsprechenden Fahrdienst organisiert. Interessierte können sich telefonisch oder per Mail an die Nachbarschaftshilfe der Stadt Münzenberg wenden.

Homeoffice in der Stadtverwaltung

Zur Umsetzung der SARS-CoV2-Arbeitsschutz-VO ist Frau Anja Keil vom Kinder- und Jugendbüro seit Montag, 25.01. im Homeoffice. Frau Rüd vom Stadtmarketing ist seit Beginn der Corona Pandemie im Homeoffice. Die weiteren MitarbeiterInnen in der Verwaltung können aufgrund der ausreichenden Größe der Büros weiter in der Verwaltung arbeiten.

Online Holzversteigerung

Bürgermeisterin Dr. Tammer informiert über die geplante Alternative zu der Präsenz-Holzversteigerung: Aufgrund der Corona-Pandemie kann die traditionelle Versteigerung nicht stattfinden. Somit wurden Überlegungen mit Revierförster Hessler angestrebt, anderweitig das Holz zu verkaufen. Holzinteressenten, die Festmeter kaufen möchten, können dies bei dem Revierförster bis Ende Februar 2021 bestellen. Es soll nur Buche-Holz angeboten werden. Der Preis wurde hier auf 75,-- Euro/Festmeter festgelegt.

Ebenso wird ein Angebot für Polterholz angeboten. Hier wird das Polterholz in unterschiedliche Kategorien angeboten und es darf auf die nummerierten Stapel „geboten“ werden. Die Waldarbeiter werden die Polterholz-Stapel in unterschiedlichen Größen an den Wegrand rücken, so dass diese gut abzuholen sind. Die sogenannte Versteigerung findet dann in schriftlicher Form statt.

Der Startpreis wurde ab 35 Euro/Raummeter für das Polterholz festgelegt. Abgabeschluss für Gebote soll am 12.03.2021 sein. Die Stadtverwaltung und Revierförster informieren die jeweiligen Höchstbietenden. Die Stadt behält sich vor, für eine gerechte Verteilung der Polternummern unter den Steigerern zu sorgen und daher gegebenenfalls auch das zweithöchste Gebot zu akzeptieren. So soll vermieden werden, dass eine Person unter Umständen das komplette Angebot ersteigert.

Die Informationen werden in Kürze über Presse/Homepage/Facebook und per Schreiben an die letztjährigen Holzinteressenten weitergegeben.

Einsatz des KatS-Zuges der FFW der Stadt Münzenberg

Am vergangenen Freitagmittag gegen 13:00 Uhr erfolgte die Alarmierung des 19. KatS-Löschzug Wetterau aus der Stadt Münzenberg durch die Leitstelle in Friedberg. Aufgrund langanhaltenden Regens mit Schmelzwasser aus dem Vogelsberg wurde die Altstadt von Büdingen überschwemmt. Zur Unterstützung der Einsatzkräfte vor Ort rückte der Löschzug bestehend aus Einsatzleitwagen, Löschfahrzeugen und Mitglieder aus allen vier Stadtteilfeuerwehren im Verband aus. In Büdingen angekommen erfolgte der sofortige Einsatz in drei Rettungsbooten des Wasserrettungszuges Wetterau. Es galt als erstes, eine gestürzte Person aus ihrer Wohnung zu retten, gemeldete Brände zu erkunden und gefährdete Personen zu lokalisieren. Immer mehr Personen machten sich an den Fenstern bemerkbar, ihnen war der Weg aus dem Haus durch das Wasser abgeschnitten. Da die Heizungen und der Strom ausgefallen waren, entschied sich die Einsatzleitung, alle Personen aus ihren Häusern zu evakuieren. Über Leitern des Münzenberger KatS- Zuges wurden mehrere Personen aus dem ersten Stock herunter in die Rettungsboote geführt. Weitere Personen, Kinder und Haustiere wurden aus verschiedenen Gebäuden eingesammelt und zum trockenen Rand der Altstadt gebracht. Bei Eintritt der Dunkelheit wurde der Einsatzabschnitt ausgeleuchtet. Gegen 20 Uhr war die Evakuierung abgeschlossen und nach sieben Stunden Dauereinsatz wurde der KatS-Zug an der Einsatzstelle abgelöst. Nach einer kurzen Verpflegung im Brandschutzzentrum Büdingen erfolgte die Fahrt zurück in die Stadt Münzenberg. Nachdem alle Betriebsmittel aufgefüllt waren, wurde der Einsatz gegen 21:30 Uhr beendet.